

Aus: Die Politische Meinung Nr. 380, Juli 2001, S. 41 – 44.

Zypern nach den Parlamentswahlen Stolpersteine auf dem Weg nach Europa

Am 27. Mai 2001 waren rund 467 000 wahlberechtigte Bürger des griechischen Teiles von Zypern aufgerufen, ein neues Parlament zu bestellen. 454 Kandidaten aus acht Parteien bewarben sich um 56 Sitze. Die von der Verfassung des Jahres 1960 für die türkisch-zypriotische Volksgruppe vorgesehenen 24 Abgeordnetenbänke blieben wegen der Teilung des Landes auch weiterhin vakant.

Die Wahl gilt vor allem als Gradmesser für die im Jahr 2003 stattfindende Präsidentenwahl, denn Zypern hat die Staatsform einer Präsidialrepublik. Der direkt vom Volk gewählte Staatspräsident – im Moment ist es der über achtzigjährige Glafkos Klerides – besitzt die Exekutivgewalt und bildet die Regierung. Er regiert, während das Parlament die Gesetze verabschiedet. Der Wahlkampf wurde von Themen wie Verbre-

chensbekämpfung, Drogenproblematik, Steuer- gesetzgebung und Aktien- baisse bestimmt. Auch die Debatte um Anpassungen Zyperns an das EU-Recht im Zuge des Beitrittsprozesses spielte eine Rolle.

Traditionell stehen sich auf Zypern zwei große politische Lager gegenüber: die linke Wiederaufbaupartei des werktätigen Volkes (AKEL) und die konservative Demokratische Sammlungsbewegung (DISY). Beide Gruppierungen konnten beim letzten Urnengang des Jahres 1996 jeweils ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen.

Leichte Verschiebung

Daran ändert sich nun wenig: Während die Sammlungsbewegung mit einem Wahlergebnis von 34 Prozent leichte Verluste von einem halben Prozentpunkt verzeichnete, errang die AKEL-Partei 34,7 Prozent und legte damit um 1,6 Prozent zu. Eine wichtige Rolle im Kampf um die künftige Staatspräsidentschaft spielt die in der politischen Mitte

angesiedelte Demokratische Partei (DIKO). Mit einem Stimmenanteil von fünfzehn Prozent (ein Verlust von 1,6 Prozent gegenüber der letzten Wahl) bleibt sie drittstärkste politische Kraft und kann somit jeder der beiden großen Parteien zur absoluten Mehrheit verhelfen. Bereits bei der Wahl des künftigen Parlamentspräsidenten spielte die Demokratische Partei (DIKO) das „Zünglein an der Waage“. Anfang Juni entschloss sich die Parteiführung, den Kandidaten der AKEL, Dimitris Christofias, bei der Wahl zum Parlamentspräsidenten zu unterstützen (siehe *Politis*, 2. Juni 2001). Die Bewegung der Sozialdemokraten erreichte knapp sieben Prozent, was gegenüber dem Jahr 1996 einem Verlust von 1,7 Prozent entspricht. Als kleine Parteien sind die „Neuen Horizonte“ (drei Prozent), die Vereinigten Demokraten (2,6 Prozent) von Jorgos Vassiliou – der ehemalige Staatspräsident leitet gegenwärtig für Zypern die Beitrittsverhandlungen

gen mit der EU – sowie die „Kämpferische Demokratische Bewegung“ (eine Abspaltung der DIKO) mit 2,2 Prozent im Parlament vertreten. Auch die Partei der Ökologen konnte mit einem Ergebnis von knapp zwei Prozent noch die für den Einzug ins Parlament erforderliche 1,8-Prozent-Hürde überspringen.

Keine Lösung des Zypernproblems in Sicht

Der beabsichtigte EU-Beitritt des Landes war im Wahlkampf unumstritten. Das ökonomisch prosperierende Land dürfte sich als künftiger Netto-Beitragszahler der Europäischen Union erweisen. In ihrem Fortschrittsbericht bestätigte die Europäische Kommission im November 2000 die Erfolge Zyperns auf dem Weg nach Europa.

Mitte Mai 2001 gab der zypriotische Außenminister Iannis Kassoulidis bekannt, dass bereits 21 der 29 Verhandlungskapitel über den EU-Beitritt abgeschlossen seien. Für 2002 prognostizierte er eine Einigung auch bei den übrigen Themenbereichen, so dass es dann mit Ausnahme des politischen Problems auf Zypern kein Hindernis für den Beitritt gebe. Genau dieses von Kassoulidis angesprochene „politische Prob-

lem“ gewinnt zunehmend an Sprengkraft und könnte sich als Stolperstein für die gesamte EU-Osterweiterung erweisen. Wie ist die gegenwärtige Lage?

Seit der Teilung der Insel in den siebziger Jahren gibt es keinen nennenswerten Fortschritt hinsichtlich einer Lösung des Zypernproblems. In vielen Entschließungen der UNO, des Europäischen Parlamentes, des Europarates und anderer Organisationen wird der Status quo immer wieder als unhaltbar bezeichnet und eine Revidierung der Spaltung durch die Zyperntürken sowie der Abzug der türkischen Armee aus dem Nordteil gefordert. Grundlage aller bisherigen Lösungsvorschläge der UNO ist die Idee einer bizonalen und bikommunalen Föderation mit ungeteilter Souveränität, einheitlicher Rechtspersönlichkeit und Staatsbürgerschaft.

Die griechisch-zypriotische Seite bevorzugt – entsprechend den UNO-Vorstellungen – die Errichtung eines Bundesstaates mit möglichst umfassenden Kompetenzen für die Zentralregierung. Die türkisch-zypriotische Seite favorisiert dagegen den losen Bund zweier überwiegend selbstständiger Verwaltungsgebiete im Sinne einer Konföderation auf

der Basis absoluter politischer wie juristischer Gleichberechtigung beider Volksgruppen. (Vergleiche dazu ausführlicher den Beitrag des Autors in der *Politischen Meinung* Nr. 375, Februar 2001, Seite 71–78.)

Rolle der UNO

Die Europäische Union hat wiederholt bekräftigt, dass sie die UNO als zuständig für den Friedensprozess auf der Insel betrachtet. Die EU, so betonte Erweiterungskommissar Günter Verheugen kürzlich in einem Interview, hält engen Kontakt zur UNO bei den Bemühungen um eine Lösung, um so die Übereinstimmung mit den EU-Grundwerten und dem Gemeinschaftsrecht zu erreichen. Von Dezember 1999 bis November 2000 wurde in Genf und New York in fünf Gesprächsrunden über die Zukunft Zyperns beraten.

Alvaro de Soto, Sondergesandter des UNO-Generalsekretärs, legte in diversen *Non papers* Vorschläge zur territorialen Aufteilung, zu Verfassungsfragen, zu Sicherheitsproblemen sowie Regelungen für verlorene Besitztümer vor. Generalsekretär Annan selbst unterbreitete am 8. November 2000 beiden Seiten eine Reihe von Grundsätzen und Prinzipien, die nach UNO-Auf-

fassung in einer abschließenden Vereinbarung über Zypern enthalten sein müssen. Konkrete Fortschritte konnten aber nicht erzielt werden.

Der griechisch-zypriotische Gesprächsführer, Glafkos Klerides, bestand auf der Einhaltung der UNO-Resolutionen und forderte dementsprechend zu Verhandlungen über die Schaffung einer bizonalen, bikommunalen Föderation auf, während sein türkisch-zypriotischer Gegenpart, Rauf Denktasch, auf der völkerrechtlichen Anerkennung Nordzyperns bestand und lediglich über eine lose Konföderation sprechen wollte. Auf dieser Basis, so der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer, könne dann auch ein EU-Beitritt erfolgen.

Im November 2000 lehnte Denktasch die Fortsetzung der UNO-Gespräche ab, wenn nicht zuvor die staatliche Anerkennung des türkischen Inselteiles erfolge.

Problematischer EU-Beitritt Gesamtzyperns

Die Europäische Union steht nun vor dem Problem, wie Zypern aufgenommen werden kann, ohne zugleich die türkische Okkupation des Nordens als rechtmäßig anzuerkennen. Die separate Aufnahme des griechi-

schen Inselteils käme einer solchen Anerkennung gleich. Nach Auffassung Verheugens geht die Kommission ein großes Risiko ein, wenn sie den nationalen Parlamenten die ersten EU-Beitrittsverträge zur Ratifizierung vorlege und Zypern nicht dabei sei. In diesem Fall sei die Wahrscheinlichkeit groß, dass Griechenland die Verträge mit anderen Kandidatenländern erst ratifizieren werde, wenn alle übrigen vierzehn Parlamente das Beitrittsabkommen mit Zypern bereits verabschiedet hätten (so Verheugen in: *Kölner Stadtanzeiger*, 19./20. Mai 2001).

Der zypriotische Außenminister Kassoulidis umriss die nationale Bedeutung des Zypernproblems für die griechische Administration jüngst treffend: „Keine Regierung in Athen würde im Amt überleben, wenn sie der Aufnahme Polens, Sloweniens, Ungarns, Estlands und Tschechiens zustimmen würde, Zypern aber in der ersten Beitrittsgruppe nicht dabei wäre“ (zitiert nach: „Bizarrer Kandidat“, in: *Der Spiegel*, Nr. 45/2000, Seite 260).

Werner Hoyer, ehemaliger Staatsminister im Auswärtigen Amt, konnte unlängst die Lage auf Zypern überprüfen. Nach seiner Auffassung kreist die Diskussion um eine

EU-Aufnahme der völkerrechtlich anerkannten (jedoch fiktiven) Einheit „Gesamtzypern“ (bestehend aus den beiden Komponenten im Norden und Süden der Insel). In diesem Fall wäre dann ein Teil des Geltungsbereiches des EU-Vertrages völkerrechtswidrig von der Türkei besetzt, und die gemeinschaftliche Rechtsordnung (*Acquis communautaire*) wäre in einem Teil Zyperns nicht durchsetzbar. Gleichwohl stünden den türkischen Zyprioten alle Anrechte aus dem *Acquis* zu (Hoyer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. Mai 2001). Eine mögliche Einschränkung des Anwendungsbereiches der gemeinschaftlichen Rechtsordnung im Falle Zyperns dürfte in Athen heftigen Widerstand hervorrufen.

Neue Modelle

Gegenwärtig werden in den Außenministerien der großen europäischen Metropolen Modelle ausgearbeitet, die in zwei Richtungen gehen: Neben der Suche nach Modellen für eine Lösung des Zypernproblems wird nach einem praktikablen Ansatz gesucht, die Aufnahme Zyperns im Fall der fortwährenden Teilung zu vollziehen, ohne zugleich den Zypernkonflikt in die EU zu „importieren“. Der

europäischen Diplomatie steht also eine schwierige Aufgabe bevor.

Es gibt aber noch weitere Probleme auf dem Weg Zyperns nach Europa. So droht Ankara im Fall eines (de facto zunächst nur vom griechischen Teil vollzogenen) EU-Beitritts Zyperns mit dem Anschluss des Nordens an die Türkei.

Türkische Drohungen

Anlässlich seiner Visite in Nordzypern hatte der türkische Außenminister Cem Mitte April 2001 den EU-Beitritt der Insel als einen „Pyrrhussieg“ bezeichnet und für den Fall einer zypriotischen EU-Mitgliedschaft ohne vorherige Lösung des Zypernproblems eine – nicht näher spezifizierte – „starke Reaktion“ der Türkei angekündigt. Gemeint war zweifelsohne die Annexion Nordzyperns. Eine Lösung für Zypern, so der türkische Außenminister, könne allein im Rahmen einer Konföderation auf der Basis der „souveränen Gleichheit beider Seiten“ erfolgen (*Eleftherotypia*, 19. April 2001).

Günter Verheugens Einschätzung, wonach die Türkei inzwischen erkannt hat, dass die Zypernfrage ein zentrales

Hindernis auf ihrem Weg nach Europa sei, trifft zweifelsohne zu; ob dies Ankara vor der angekündigten Annexion Nordzyperns abhalten wird, bleibt allerdings offen. Rauf Denktasch gab unlängst seine eigene Deutung über die Folgewirkungen des EU-Beitritts eines geteilten Zyperns: „Dann gibt es Krieg“, betonte der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer in einem Interview und sah zudem folgende Ereigniskette voraus:

„Im EU-Parlament und in den anderen EU-Organen werden die griechischen Zyprioten sofort argumentieren: Wir sind ein Mitgliedstaat und leiden unter türkischer Besatzung. Dann werden sie einen so genannten kleinen Krieg beginnen und möchten am liebsten die EU in einen Krieg gegen die Türkei hineinziehen“ (Interview mit Rauf Denktasch, in: *Der Spiegel* Nr. 45/2000, Seite 261).

Chancen der Situation

Die gegenwärtige Situation eröffnet jedoch auch Chancen. Die verbleibende Zeit bis zur Beendigung der Beitrittsverhandlungen Zyperns mit der

EU wird von zahlreichen Aktivitäten der EU, einzelner Mitgliedstaaten, den USA und nicht zuletzt der UNO gekennzeichnet sein. Verweigert Rauf Denktasch auch künftig seine Rückkehr an den internationalen Gesprächstisch, dann wird die UNO, so vermuten ranghohe Diplomaten, von sich aus einen offiziellen und umfassenden Vorschlag zur Lösung des Zypernproblems vorlegen (*ANA*, 20. Mai 2001). Das kann sehr schnell geschehen, da zentrale Lösungselemente bereits in den Zyperngesprächen des vergangenen Jahres ausgearbeitet wurden.

Mögliche Krisenentwicklung

Sollte in den kommenden achtzehn Monaten allerdings keine Lösung gefunden oder sichtbar werden, dann ist mit einer Krisenentwicklung im östlichen Mittelmeerraum zu rechnen. Die gegenwärtige griechisch-türkische Detente könnte ganz abrupt unterbrochen werden, die Lage auf Zypern würde sich drastisch verschärfen, und der rollende EU-Osterweiterungszug könnte ganz plötzlich auf ein totes Gleis gelangen.